Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Badischer Beobachter. 1863-1935
1909

28 (5.2.1909) 1. Blatt

Visual Library

№ 28. 1. Blatt. Karlsruhe, Freitag, den 5. Februar 1909. 47. Jahrgang.

Badischer Beobachter.

Hauptorgan der badischen Zentrumspartei.

Erscheint täglich mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage. Bezugspreis: In Karlsruhe durch Träger zugestellt, monatlich 90 Pfg., vierteljährlich Mk. 2.70. In der Geschäftsstelle oder den Ablagen abgeholt, monatlich 60 Pfg. Bei der Post bestellt und dort abgeholt Mk. 3.25, durch den Briefträger ins Haus gebracht, Mk. 3.67 vierteljährlich. Bestellungen werden jederzeit entgegengenommen.

Fernsprecher Nr. 535.

Beilagen: Einmal wöchentlich: das illustrierte achtseitige Unterhaltungsblatt „Sterne und Blumen". Zweimal wöchentlich: das vierseitige Unterhaltungsblatt „Blätter für den Familientisch".

Fernsprecher Nr. 535.

Anzeigen: Die sechsspaltige Petitzeile oder deren Raum 25 Pfg., Reklamen 60 Pfg. Lokalanzeigen billiger. Bei öfterer Wiederholung entsprechender Rabatt. Anzeigen nehmen außer der Geschäftsstelle alle Anzeigen-Vermittelungsstellen an. Redaktion und Geschäftsstelle: Adlerstraße Nr. 42 in Karlsruhe (Baden). Sprechstunden der Redaktion: von halb 12 bis 1 Uhr mittags.

Rotationsdruck und Verlag der Aktiengesellschaft „Badenia" in Karlsruhe, Adlerstraße 42. Heinrich Vogel, Direktor.

Verantwortlicher Redakteur für deutsche und badische Politik, sowie Feuilleton: J. Theodor Meyer; für Ausland, Nachrichtendienst und den allgemeinen Teil: Franz Wahl; für die Unterhaltungsbeilagen, den Handel und Verkehr: Heinrich Vogel; sämtliche in Karlsruhe.

Verantwortlich: Für Anzeigen und Reklamen: Hermann Baßler in Karlsruhe.

Der Volksschulkampf in Württemberg

hat mit dem Ausgang der letzten Woche auch sein vorläufiges Ende in der Abgeordnetenkammer gefunden. Wie er mit einer antireligiösen Ouvertüre begonnen, so mußte er auch ein antireligiöses Finale erhalten. Am Freitag handelte es sich um die Zusammensetzung der Oberschulbehörde. Die Kommission beantragte eine gemeinsame Oberschulbehörde, die sich je für das evang. und kath. Schulwesen in eine besondere Abteilung gliederte. Der Entwurf dagegen beschränkte sich darauf, die Oberschulbehörde auf evang. Seite vom Evang. Konsistorium loszutrennen und dort einen Evang. Oberschulrat zu bilden, während auf kath. Seite der Kath. Kirchenrat, der bisher schon Oberschulbehörde war, die Amtsbezeichnung „Kath. Oberschulrat" zu führen hätte, soweit er als Oberschulbehörde zu entscheiden hätte. Die von der Kommission vorgeschlagene simultane Gestaltung der Oberschulbehörde bedeutet nichts anderes als einen weiteren Schritt zur Simultanschule, die logisch zur Beseitigung des konfessionellen Bezirksschulinspektors, der konfessionellen Ortsschulbehörde und der konfessionellen Schule überhaupt führen würde.

Wie Dr. Späth (Ztr.) äußerte auch Minister von Fleischhauer in der Richtung große Bedenken, daß keine Bestimmung über die Zusammensetzung der Oberschulbehörde, über die Führung des Vorsitzes, den Geschäftskreis vorhanden sei. Die Abstimmung in dem gemeinsamen Oberschulrat, bei welcher die katholischen Mitglieder oft in der Minderheit blieben, würde eine Quelle von Mißhelligkeiten sein. Dr. Späth, der diese Gefahr der Majorisierung beleuchtete und auch den Kostenpunkt bei der Schaffung einer gemeinsamen Oberschulbehörde zum Aerger der Linken streifte, konnte deshalb erklären, daß das Zentrum aus prinzipiellen und materiellen Gründen gegen den Kommissionsantrag stimmen werde. In den Motiven des Entwurfs ist bemerkt, daß in Zukunft ein Mitglied des Evangelischen Konsistoriums, also der Evang. Oberkirchenbehörde zum Evang. Oberschulrat beigezogen werde. Als nun von Zentrumsseite darauf hingewiesen wurde, daß auch auf katholischer Seite paritätshalber ein Mitglied der Oberkirchenbehörde, also des Bischöflichen Ordinariats, beigezogen werden möchte, verschanzte sich der Kultusminister hinter die zwei Geistlichen, die dem Katholischen Kirchenrat angehören. Das mußte umso mehr auffallen, als der Minister schon wiederholt bei Beratung des Gesetzes nicht scharf genug betonen konnte, diese Geistliche seien als staatliche Beamte Mitglieder des Kirchenrats. Auch den weiten Weg von Rottenburg nach Stuttgart führte der Minister ins Feld.

Der Antrag des Bauernbundes auf Wiederherstellung des Regierungsentwurfes wurde mit 48 gegen 34 Stimmen abgelehnt und der Kommissionsantrag mit 48 gegen 33 Stimmen angenommen.

Damit ist vorläufig eine simultane Oberschulbehörde festgelegt, es sei denn, daß der Beschluß durch die erste Kammer eine Aenderung erfährt. Man muß aber erst abwarten, wie sich die neue erste Kammer zu dieser Frage stellt. Es ist wahrscheinlich, daß sie dem Beschluß der zweiten Kammer nicht beitritt, aber sicher ist es nicht.

Bisher war die evangelische Oberschulbehörde in Personalunion auch zugleich Oberkirchenbehörde. Es war deshalb nicht nötig, besondere Vorsorge bezüglich der Beaufsichtigung des Religionsunterrichts zu treffen, da ohnehin die evangelische Kirchenbehörde den ganzen Unterricht in Händen hatte. Mit der Trennung der Oberkirchenbehörde von der Oberschulbehörde, womit erstere einverstanden war, mußte naturgemäß auch die Beaufsichtigung des Religionsunterrichts neu geregelt werden. Auf katholischer Seite war dies schon 1862 geschehen. In demselben Sinne wie auf katholischer Seite wollte aber Haußmann (Vp.) die Regelung auf protestantischer Seite nicht zulassen, um nicht bei den Lehrern „Verstimmungen" zu erregen. Er lobte das evangelische Konsistorium, daß es sich damit begnüge, die Prüfung des evangelischen Religionsunterrichts durch die staatlichen Bezirksschulaufseher besorgen zu lassen.

Der konservative Abgeordnete Dr. Rübling hob hervor daß ein großer Teil des evangelischen Volkes es lieber gesehen hätte, wenn das evangelische Konsistorium seine Rechte besser gewahrt hätte. Die Abgeordneten des Zentrums forderten mit Nachdruck das Recht für die evangelische Kirche, daß der kirchliche Visitator nicht bloß vom Stande des Religionsunterrichts, sondern auch von der religiös-sittlichen Bildung in der Volksschule Kenntnis nehmen dürfe; ein in diesem Sinne gestellter Antrag des Zentrums wurde aber von allen Parteien abgelehnt, wie auch ein zweiter, daß die Leitung des Religionsunterrichts in den Lehrerbildungsanstalten den Oberkirchenbehörden zukomme. Der Sozialdemokrat Hildenbrand empfahl hier wieder die „neutrale Religion", die der Staat erteilen lassen könne. Der Kultusminister mußte aber zugeben, daß das zur Staatsaufsicht über die Konfessionen und zu dem alten Grundsatz cuius regio eius religio führen würde. Das Zentrum hätte für den Artikel 84, der auch für die evangelische Kirche das Recht der Leitung und Beaufsichtigung des Religionsunterrichtes gesetzlich festgelegt hätte, gestimmt und der Artikel wäre angenommen worden, obwohl Volkspartei und Sozialdemokratie dagegen gestimmt hätten. Allein Herr Löchner (Vp.) beantragte einen Zusatz, wonach die Vornahme der Visitatur des Religionsunterrichts, soweit sie nicht von Mitgliedern der Oberkirchenbehörde selbst abgehalten werde, in „bestimmt abgegrenzten größeren Bezirken" nur einem Geistlichen übertragen werden dürfe. Der Entwurf hatte diese Frage der Oberkirchenbehörde überlassen. Hieber (deutsche Partei) gab seinen Segen zu dem Antrag Löchner; das Zentrum erklärte, es könne dieser schweren Beeinträchtigung der Kirche nicht zustimmen. Der Antrag Löchner wurde aber angenommen mit 47 gegen 36 Stimmen (des Zentrums und des Bauernbundes). Darauf wurde der Artikel 84 im ganzen mit 46 gegen 37 Stimmen abgelehnt. Dafür stimmten: 12 deutsche Partei (liberal), 14 Bauernbund und 11 Volksparteiler. Dagegen stimmten: 23 Zentrum, 15 Sozialdemokraten und 8 Volksparteiler.

Ein Bild zum Malen bot die Volkspartei bei der Abstimmung. Trotz der Annahme des Antrags Löchner stimmten zunächst 12 Volksparteiler gegen den Artikel 84. Da merkte Haußmann, daß der Karren „hinten hott" gehe und gab schnell die Parole aus, die noch zur Abstimmung gelangenden volksparteilichen Mitglieder sollten mit Ja stimmen, damit sich eine Mehrheit ergebe. Aber es hieß hier auch: „Zurück, Du rettest den Freund nicht mehr!" Die „bessere Erkenntnis" war bei Konrad Haußmann zu spät gekommen. Es half alles nichts mehr, obwohl sogar Betz kurz vor der Abstimmung durchging.

Die Kanone war diesmal nach hinten losgegangen. Das „Deutsche Volksblatt" schreibt mit Recht: „Das evangelische Volk und das evangelische Konsistorium mag sich wohl sonderbare Gedanken über die Vertretung der Rechte der evangelischen Kirche durch evangelische Abgeordnete machen." Das Zentrum hat hier gezeigt, daß es keine konfessionelle Partei ist, daß es auch für die Rechte der evangelischen Kirche eintritt, wenn diese bedroht sind. Die Sache steht jetzt jedenfalls so, daß die Erste Kammer durch die Wiederaufnahme des Artikels 84 der Zweiten Kammer eine Konzession bieten kann. So wie der Fall jetzt liegt, kann er unmöglich bleiben. Man sieht übrigens aus dem ganzen Kampfe um die Schule, der sich in den letzten Wochen in der Zweiten Kammer abspielte, daß dort die Demokratie eine sehr kulturkämpferische Stellung einnimmt. Es sind sonderbare Käuze, diese sogenannten Freiheitsmänner! Das haben sie am letzten Samstag auch bei einer anderen Frage gezeigt. Wegen des herrschenden Lehrermangels sollte die sonst in keinem Bundesstaat bestehende Beschränkung der Lehrerinnen auf 8 Prozent aufgehoben werden. Der Antrag wurde abgelehnt; nur ein Volksparteiler (Betz) hatte dafür gestimmt. Bei der Abstimmung über den Eventualantrag, die Grenze von 8 auf 15 Prozent hinaufzusetzen, war Betz wieder durchgegangen. Dr. Bauer (Vp.) hatte sich dafür erhoben. Bei der namentlichen Abstimmung war auch er verschwunden. Der Eventualantrag wurde mit 37 gegen 36 Stimmen angenommen. Die Volkspartei stimmte aber zum größten Teil dagegen, obwohl sie vor kurzem erst die Herabsetzung der Schülerzahl von 80 auf 60 herbeiführte. Ist das auch Konsequenz

Deutschland.

Berlin, 4. Februar 1909.

⌂ **Die impulsive Krügerdepesche.** Das von uns schon erwähnte Buch von Adolf Stein wird sehr lebhaft besprochen; es findet reißenden Absatz; man spricht davon, daß in diesem Monat 100,000 Stück abgesetzt werden sollen. Im Mittelpunkt der Auslassungen steht die Frage: wie ist es mit der Krügerdepesche; denn das ist Steins Sensation? Die „Berl. Neuesten Nachr." erhalten von „einem früheren Diplomaten, der zu jener Zeit noch dem aktiven diplomatischen Dienst angehörte," die folgenden, als authentisch bezeichneten Mitteilungen: „Die ganze Mitteilung Steins zu dieser Frage ist eine Geschichtsfälschung schlimmster Art und sie beruht auf völliger Unkenntnis aller Ereignisse, die dafür in Frage kommen. Das Telegramm ist einmal gar nicht im Auswärtigen Amt, sondern in der Reichskanzlei entstanden. Aber auch dort entstand nicht der Gedanke der Absendung der Depesche; sie entstammt vielmehr der eigenen Initiative des Monarchen, der über die Nachricht von der Abweisung des Einfalls Jamesons aufrichtig erfreut war. Die Redigierung des Telegramms übernahm der damalige Kolonialdirektor Kaiser, während Herrn von Marschalls Tätigkeit dabei sich lediglich auf eine Abschwächung seines Inhalts beschränkte. Aus diesem Grunde wurde das Schriftstück auch mit den Namen dieser beiden Beamten unterzeichnet." Ganz ähnlich widerlegt, wie ein Pariser Privattelegramm uns meldet, der Berliner Korrespondent des „Journal des Debats" die Behauptungen des Herrn Adolf Stein. Er sagt, den Text der Krügerdepesche habe der verstorbene Kolonialdirektor Kaiser gemäß den Instruktionen redigiert, die der Staatssekretär Freiherr von Marschall vom Kaiser selbst erhalten. Marschall habe sogar eine allzu lebhafte Stelle gestrichen. Der Kolonialdirektor Kaiser zeigte dem Korrespondenten des „Journal des Debats" am Tage der Absendung das Manuskript der Depesche. Zwei Organe, die zum Fürsten Bülow und seiner Umgebung ganz besonders gute Beziehungen unterhalten, nämlich die „Köln. Ztg." und die „Frkf. Ztg.", bestätigen indessen die von anderen Seiten für falsch erklärte Version des Herrn Adolf Stein. Beiden Blättern wird aus Berlin mitgeteilt, die Krügerdepesche sei tatsächlich nicht aus Anregung des Kaisers entstanden, sondern sei ein Regierungsakt gewesen, den Fürst Hohenlohe und Freiherr von Marschall gebilligt und angeregt. Der Eifer, mit dem die Umgebung des Fürsten Bülow die Steinsche Version verficht, ist, wie gesagt, seltsam und unwillkürlich erinnert das „Berl. Tagebl." daran, daß Freiherr von Marschall auf der kurzen Liste derjenigen steht, die als Kandidaten für den Kanzlerposten überhaupt in Frage kommen. Fürst Bülow selbst, das unterliegt keinem Zweifel, habe mit diesen Dingen nichts zu tun, aber gewisse Persönlichkeiten aus seiner Nähe möchten es für vorteilhaft erachten, einen ihnen unwillkommenen Kandidaten bei Zeiten zu diskreditieren. Man zeige der öffentlichen Meinung des In- und Auslandes Herrn von Marschall als wahren Autor der vielbedauerten Depesche und verstimmte gleichzeitig durch eine Diskussion, die nicht ausbleiben könne, den Kaiser gegen diesen Diplomaten. Soweit das freisinnige Blatt.

Hd. **Das Krügertelegramm.** Legationsrat Dr. v. Behr teilt der „Kreuzzeitung" mit, daß er die Angaben des Herrn Adolf Stein über das Krüger-Telegramm zum Teil bestätigen könne. Der Botschafter Freiherr v. Marschall habe vor etwa 7 Jahren im Laufe eines Gespräches gesagt, daß die Depesche nach reiflicher Ueberlegung im Auswärtigen Amt verfaßt worden sei. Herr v. Behr war damals Botschaftssekretär. Wie die „Post" erfährt, steht eine amtliche Veröffentlichung über die Vorgeschichte des Krüger-Telegramms nicht in Aussicht.

⊙ **Der erste Umfall bei der Nachlaßsteuer.** Der konservative „Reichsbote" hat sich bisher gegen die Nachlaßsteuer ausgesprochen; nunmehr gibt er Zuschriften Raum, die sich für dieselbe aussprechen; da heißt es: „Wenn sich viele Gewerbe und der Konsum der ärmeren Volksmassen unter diese Notwendigkeit beugen müssen, so muß das auch der Besitz, das Kapital tun; das ist unbestritten. Wir hätten dazu einen anderen Weg vorgeschlagen, nämlich die Bankumsatzsteuer oder die Einführung von einigen viel Geld bringenden Monopolen. Aber es zeigt sich immer mehr, daß darauf nicht zu rechnen ist, und daß man sich deshalb mit dem Gedanken vertraut machen muß, die Finanzreform mit den in Vorschlag gebrachten Steuern zustande zu bringen. Mit der einfachen Ablehnung derselben, sei es aus parteilichem oder aus einseitigem Interessenstandpunkt, ist es nicht getan. Ohne Opfer geht es nicht ab, wenn so große staatsnotwendige Aufgaben für Reich und Staat erfüllt werden sollen; jedenfalls muß diese so ernste und wichtige Sache von allen Seiten vorurteilslos von sachlichen Gesichtspunkten aus erwogen und beleuchtet werden." Der ostpreußische konservative Verein zu Hufen hat sich gleichfalls für die Nachlaßsteuer ausgesprochen.

⊡ **150 Mill. Mk. Fehlbetrag** wird das Jahr 1906 gegenüber dem Etat bringen; da der Etat selbst schon rund 150 Mill. Mk. ungedeckte Matrikularbeiträge hat, so ist der tatsächliche Fehlbetrag rund 300 Mill. Mk. Nette Zeiten:

-r. **Ueber die Bedeutung unseres Anwaltstandes** bestehen oft recht oberflächliche Auffassungen, selbst in maßgebenden Kreisen. Und doch ist ein fauler Advokatenstand für die Gesellschaft gefährlicher als ein ungenügend funktionierender Richterstand. Sehr treffende Worte sagte am 30. Januar 1908 der Zentrumsabgeordnete Dr. Bell (Essen) im preußischen Landtag:

„Was die Rechtsanwälte anlangt, so halte ich mich als Vertreter dieses Standes für verpflichtet, darauf hinzuweisen, daß namentlich auch mit Rücksicht auf die große Ueberfüllung unserer juristischen Karriere der Anwaltsstand einer Proletarisierung auf die Dauer nicht entgehen wird, wenn nicht zeitig Abhülfe geschaffen wird. (Sehr richtig!) Wenn ich zugunsten unseres Richterstandes es aussprechen darf, daß wir alle Veranlassung haben, auf unseren Richterstand stolz zu sein, so dürfen wir auch sagen, unser Anwaltstand verdient es, in genügendem Maße von der Justizverwaltung berücksichtigt zu werden. Ich kann Ihnen da versichern, daß eine große Gärung durch unsere ganze Anwaltschaft geht, eine Gärung, die ich zu berücksichtigen den Minister im Interesse unserer Rechtspflege bitte.

Ich will hierbei nicht verschweigen, daß von unserer deutschen Anwaltschaft auch namentlich den eigenen Kollegen der Vorwurf gemacht wird, daß sie ohne Unterschied der Partei die Interessen des Anwaltstandes in den Parlamenten nicht genügend berücksichtigt haben. Es ist der Wunsch ausgesprochen worden, und ich möchte mich zum Dolmetsch dieses Wunsches machen, daß unsere Anwälte auch ihre Standesgenossen nicht vernachlässigen mögen. Auch an den Justizminister und die Justizverwaltung möchte ich die Bitte richten, bei kommenden Vorlagen die Interessen unserer Anwaltschaft nicht aus dem Auge zu verlieren. Alle in Betracht kommenden Faktoren haben das dringende Interesse daran, daß ebenso wie unser Richterstand in seiner Unabhängigkeit, auch der Anwaltstand in seiner bisherigen Stellung erhalten bleibe und daß nicht die zu befürchtende Proletarisierung des Anwaltstandes eintritt."

-e. **Ein Beitrag zum „liberalen" Vereinsgesetz.** Der „Schles. Ztg." (Nr. 49 vom 31. Januar) wird in Betreff des Vereinsgesetzes ein Fall aus Gnesen berichtet, der wohl alles dagewesene auf diesem Gebiete in Schatten stellt. Probst Pietrowski und Kaufmann Woitasiak, beide aus Kletzko, hatten sich vor der Gnesener Strafkammer wegen Vergehens gegen das Vereinsgesetz zu verantworten. Am 21. Juli v. J. hielt der polnische Verein in Kletzko einen Ausmarsch vom Vereinslokal aus durch die Stadt, wozu der Kaufmann W. als Vorsitzender die polizeiliche Erlaubnis erhalten hatte. Als der Zug am Pfarrhause vorbeikam, wurde der Probst zur Teilnahme eingeladen. Dieser trat aus dem Pfarrhause und hielt in polnischer Sprache eine Anrede des Inhalts: „Da es mir meine Gesundheit nicht erlaubt, mitzugehen, stifte ich für den Verein 10 Mark und wünsche der Feier einen guten Verlauf." In diesem Tatbestande erblickte die Polizei eine „öffentliche Versammlung", und da die Anrede in polnischer Sprache erfolgt war, hätte hierzu die Genehmigung erteilt werden müssen. Das Schöffengericht verurteilte infolge dessen den Probst sowie den Vorsitzenden zu je 15 Mk. Geldstrafe. Die Strafkammer trat dem Urteil bei und verwarf die gegen das Urteil des Schöffengerichts eingelegte Berufung. So geschehen im Jahre des Heils 1909! Und ein solches Gesetz ist unter der Aegide der sog. „Liberalen" zustande gekommen. Wahrhaftig, Theodor Barth hatte Recht mit seinem bekannten Diktum: „Der Block hat die Geister entsetzlich korrumpiert!"

* **Liebknechts Frau** Natalie geb. Reh ist vor einigen Tagen gestorben. Im Unterhaltungsblatt vom „Volksfreund" lesen wir über sie:

„Liebknechts erste Frau starb ihm bald; er durchlebte mit ihr die schmerzensreiche Tragödie einer ersten Jugendliebe. Im Juli 1868 aber vermählte er sich mit der Darmstädterin Natalie Reh, einer Verwandten des hessischen Freiheitsmärtyrers der dreißiger Jahre, des Pfarrers Weidig, der Tochter des Hofgerichtsadvokaten Reh, der in der Frankfurter Nationalversammlung Offenbach vertrat. Als Erzieherin von Liebknechts beiden Töchtern aus erster Ehe und der fünf Söhne, die sie ihm gebar, begleitete sie ihn treu, durch alle Kämpfe und Sorgen seines wechselreichen Lebens. Man kann beinahe sagen, daß sie unsern „Alten" mit seinem goldenen Kindergemüt bemutterte.

Als man Liebknecht unterm Sozialistengesetz aus Leipzig auswies, mußte er zwei Stunden von der Stadt entfernt, jenseits der Grenze des Bereichs des kleinen Belagerungszustandes, in einem halbverfallenen Landhaus in Borsdorf wohnen. Natalie blieb der Kinder und ihres Schulbesuches wegen mit sehr knappen Mitteln in Leipzig. Jeden Sonntag aber gab es dann mit anderen Leipziger Genossen eine fröhliche Wanderung zum Vater hinaus und ein so inniges Familienleben, daß mancher Bürgerliche, der über die sozialistische „Zerstörung der Familie" schimpft, sich ein Muster daran hätte nehmen können.

Natalie Liebknecht half dann unserm „Alten" nach seiner Ansiedelung in Berlin seit 1890 die neuen Lebensverhältnisse einrichten und begleitete ihn jetzt stellenweise wohl auch auf größeren Agitationsreisen. In der Hauptsache aber blieb sie auch jetzt während der häufigen Abwesenheit ihres Mannes der Mittelpunkt der Familie. In der feinen und sorgenden Natur der Mutter fanden die Kinder einen Ersatz für den Verkehr mit dem Vater, der ständig als Soldat und Vorposten draußen im Kampfe stand. Die Söhne vor allem sollten würdig ihres Vaters werden — das war der erzieherische Ehrgeiz der Verstorbenen und sie widmete sich diesem Werke mit der ganzen Zähigkeit der ehrgeizigen Mutter. So sind sie denn unter Entbehrungen und Kämpfen der beiden Alten Juristen, Chemiker, Nationalökonomen geworden. Um an das Grab der Mutter zu eilen, wird ja wohl jetzt Karl Liebknecht, der zweitälteste, aus der Festungshaft beurlaubt werden, aus der man ihn nicht losließ, so lange er sein Mandat als Volksvertreter ausüben wollte . . ."

Wir sehen aus dieser Schilderung, daß Liebknecht und seine Frau darauf verzichteten, die sozialistischen Grundsätze, wie sie von vielen rabiaten Sozialistenmännern und -Weibern inbezug auf die Ehe und das Familienleben vertreten werden, in der eigenen Praxis durchzuführen. Es darf dabei nicht vergessen werden, daß Liebknechts Ehe demnach keine Sozialistenehe nach modernem Muster gewesen ist, sondern eine Ehe nach jenen alten guten Grundsätzen, über die sonst in der Sozialistenpresse gelacht und gespottet wird.

Ausland.

Oesterreich-Ungarn.

‡ **Die Gesetzentwürfe zum Sprachenstreit.** Im Abgeordnetenhause hat die Regierung zwei Gesetzentwürfe eingebracht. Der erste betrifft die Regelung des Sprachgebrauchs in Böhmen, der zweite die Er-

richtung von Kreisregierungen im Königreich, sowie die dadurch erforderliche Veränderung in der politischen Verwaltung. Der erste, 38 Paragraphen umfassende, Gesetzentwurf sieht 139 einsprachig-tschechische und 95 einsprachig-deutsche, sowie 5 zweisprachige Bezirksgerichtssprengel vor. Erforderlich ist die Neuerrichtung von 14 Bezirksgerichten. Die einsprachigen Behörden bedienen sich grundsätzlich ihrer Amtssprache. Bei den zweisprachigen Behörden erfolgt der Verkehr mit den Parteien in ihrer Sprache. Die deutsche Sprache ist anzuwenden für die in Angelegenheiten der bewaffneten Macht geführten Aufzeichnungen, für den Dienstverkehr mit den militärischen Behörden und der Gendarmerie, sowie mit den Behörden außerhalb Böhmens. Als Grundsatz für die zweisprachigen Behörden gilt, daß das Verhältnis der Volkszahl der beiden Volksstämme für die Aufteilung der Beamten ausschlaggebend ist. Eine Kommission hat die sprachliche Befähigung der Beamten festzustellen. Der Gesetzentwurf betreffend die Kreisregierungen setzt die Errichtung von 20 Kreisregierungen fest, die der Statthalterei untergeordnet sind. Prag ist von den Kreisregierungen ausgeschlossen. Die Kreisregierungen überwachen die Polizeibehörden, an ihrer Spitze steht der Kreisgerichtspräsident. Als dessen Vertreter fungiert ein Statthaltereirat. Beide Gesetze treten gleichzeitig in Kraft.

Balkanstaaten.

□ **Zum Vorschlag Rußlands** wird aus Sofia gemeldet: Die hiesige Presse äußert sich dem finanziellen Transaktionsvorschlage Rußlands gegenüber recht reserviert. Während von einigen Blättern betont wird, daß es auf die Einzelheiten des Vorschlages ankomme und man erst über dieses klar sehen müsse, ehe man urteilen könne, erklären andere, Rußland wolle lediglich seine zweifelhaften Geldforderungen in sichere umtauschen. Nehme man noch den traditionellen Zug Rußlands nach Konstantinopel hinzu, so könne Rußland ein recht gutes Geschäft machen, wenn es klar zu Werke gehe.

Türkei.

Zur Reorganisation der Armee. „Echo de Paris" meldet aus Konstantinopel: Mit dem Generaloberst von der Goltz seien erneut Verhandlungen angeknüpft, um ihn als Reorganisator der türkischen Armee zu gewinnen. Man habe ihm 100 000 Frc. jährliches Gehalt zugesichert.

Portugal.

Am Jahrestage der Ermordung des Königs Carlos von Portugal und des Kronprinzen, dem 1. Febr., haben in Lissabon und anderen Städten des Landes Gedächtnisgottesdienste stattgefunden. Es ereignete sich kein Zwischenfall. Don Miguel von Braganza richtete von Seebenstein aus an seine Parteifreunde telegraphisch die Aufforderung, den Trauerfeiern für den ermordeten König beizuwohnen, um hierdurch gegen das furchtbare Verbrechen Protest zu erheben und zu bekräftigen, daß sie alle das geliebte Vaterland gegen die Anarchie verteidigen wollen.

Rußland.

Die Autonomie in Russisch-Polen ist, einer Petersburger Meldung der „Narodni Listy" zufolge, vom russischen Ministerium des Innern ausgearbeitet worden. Die Vorlage wird schon nächster Tage dem Ministerrat unterbreitet und sodann in der Duma eingebracht werden. Nach dieser Vorlage wird das Wahlrecht in Polen allen Großjährigen zugestanden, die irgendwelche Steuern, seien es auch nur Gemeindesteuern, entrichten.

England.

‖ **Zur Reorganisation der Marine.** „Daily Chronicle" glaubt mitteilen zu können, daß zwischen den Mitgliedern des englischen Kabinetts hinsichtlich der Reorganisation der Marine Meinungsverschiedenheiten bestehen. Unter den Gegnern des Programms befinden sich die Minister Churchill und Lord George, jedoch sind sich alle Minister darin einig, daß die Vormacht Englands zur See bestehen bleiben müsse.

Afrika.

Der Thronfolgerfrage in Abessinien wird schon bei Lebzeiten des gegenwärtigen Herrschers Menelik in den politischen Kreisen Italiens aufmerksame Beachtung geschenkt. Der von Menelik selber als Nachfolger bezeichnete Lig Jasu, der Enkel des Königs, ein vierzehnjähriger Knabe, soll von der Königin Taitu bekämpft werden. An ihrer Seite steht angeblich der Klerus und ein Teil der Häuptlinge.. Gegen den Vater des von Menelik bezeichneten jugendlichen Thronfolgers, Ras Mikal, wird von dessen Gegnern geltend gemacht, daß er ein getaufter Mohammedaner ist. Daß mit dem Ableben Meneliks der italienische Einfluß zu Ende sein werde, wird in Rom lebhaft befürchtet. — Meneliks Zustand — er leidet an Arterienverkalkung — ist unverändert.

Baden.

Karlsruhe, 5. Februar 1909.

Mit Entschließung Großh. Ministeriums des Innern wurde Aktuar Hermann Lauppe beim Bezirksamt Müllheim die etatmäßige Amtsstelle eines Aktuars daselbst übertragen und der etatmäßige Aktuar Karl Heheisen, zurzeit beurlaubt, auf Ansuchen aus dem staatlichen Dienst entlassen.

Landtagskandidaturen.

⌂ **Karlsruhe,** 4. Febr. **Hier fand gestern eine nationalliberale Vertrauensmänner-Versammlung statt, in welcher der bisherige Abg. Neck-Eggenstein wiederum als Landtagskandidat für den Bezirk Karlsruhe-Land aufgestellt wurde.**

Nationalliberale und Freisinnige.

Ueber Taktik spricht man nicht, die macht man, wenn die Zeit kommt: Dieser von dem neuen Führer der Nationalliberalen alsbald bei seiner Wahl ausgesprochene Grundsatz ist heute, wie wir damals voraussagten, in einer so eklatanten Weise widerlegt, daß Dr. Obkircher sich in Zukunft wohl hüten dürfte, solche „Sentenzen" wieder auszusprechen. Wie es im liberalen Lager zurzeit zugeht, ersieht man schon daraus, daß seit Monaten keine vertrauliche Versammlung der Nationalliberalen abgehalten werden konnte, ohne daß die vertraulich zu behandelnden Ergebnisse alsbald Gegenstand allgemeiner Erörterung waren. Auch hat man sich daran gewöhnt, die parteioffiziösen Kundgebungen von nationalliberalen vertraulichen Tagungen nur noch als Waschzettel zu betrachten, welche nicht einmal mehr Anspruch darauf machen können, den Leuten Sand in die Augen zu streuen.

Auf die engere Vorstandssitzung der Nationalliberalen am Sonntag erfolgte alsbald die einseitige Veröffentlichung der von den Nationalliberalen den Freisinnigen gemachten letzten Vorschläge und zugleich der Protest der freisinnigen Presse dagegen. Der Anschein war dringend vorhanden, daß das persönliche Eingreifen Obkircherts eine Einigung zwischen Nationalliberalen und Freisinnigen verhindert habe durch die Forderung, daß auch Lörrach-Land in das Blockabkommen miteinbezogen werden und daß der Freisinn in Lörrach-Land daher für Obkircher stimmen müsse. Diesem Anschein gegenüber tritt nun eine offizielle nationalliberale Parteierklärung, welche die nationalliberalen Blätter bringen. Darnach stand die Sache am Sonntag bei Eintritt in die engere Ausschußsitzung so, daß den Nationalliberalen folgender endgiltige und letzte freisinnige Vorschlag vorlag:

„1. Die nationalliberale und demokratische Partei überläßt der freisinnigen Partei die Kandidaturen in Karlsruhe-West, Durlach und Baden-Baden, sowie

2. in Mannheim 2, Pforzheim 2, Achern-Bühl und Baden-Rastatt,

3. die Bezirke Lörrach-Land und Lörrach-Stadt werden aus dem Blockabkommen ausgeschaltet und von ihm nicht berührt."

Der offizielle Bericht erklärt, Obkircher habe sich jeder Aeßerung dazu enthalten. Alle Diskussionsredner bis auf einen seien entschieden der Meinung gewesen, das Blockabkommen sei mit Einschluß von Lörrach-Land, oder überhaupt nicht abzuschließen. Auch Wilckens war ausdrücklich dieser Ansicht; Obkircher machte auf direkte Anregung hin einige Bemerkungen über die Gründe, warum der Wahlkreis Lörrach-Land den Freisinnigen nicht eingeräumt wurde. (Da liegt ja gerade der Hase im Pfeffer! Obkircher brauchte kein Wort zu sprechen; er hatte durch Annahme der Kandidatur in Lörrach-Land deutlicher gesprochen, als er es durch Worte hier tun konnte.) Gegenüber der Forderung der Freisinnigen, Baden-Stadt zugewiesen zu erhalten, erhoben sich Badener und sagten, in Baden hätten sich sämtliche liberale Parteien dahin geeinigt, die Blockkandidatur Gönner wieder anzutragen; sie hofften, daß er annehme, und nur wenn er ablehne, würden sie sich auf eine andere „eventuell auch" freisinnige Kandidatur einlassen. Sodann wurden mit allen gegen eine Stimme jene Vorschläge angenommen, welche wir bereits veröffentlichten, wonach sich das Blockabkommen auf alle Wahlkreise, auch auf Lörrach-Land, erstrecken solle. Lehnt die freisinnige Partei das ab, dann ist das Blockabkommen mit dem Freisinn als gescheitert zu betrachten. Von einer Spaltung innerhalb der nationalliberalen Partei könne keine Rede sein. Versuche, solche Spaltungen als vorhanden zu bezeichnen — heißt es in der „Bad. Landeszeitung" Nr. 56 — würden zu durchsichtigen Zwecken unternommen.

„Und sie haben neuerdings einen besonders häßlichen Charakter angenommen, indem sie in völligem Widerspruch mit der Wahrheit die Tatsachen so drehen, als ob Dr. Obkircher, der Führer der Partei, aus irgend welchen egoistischen Motiven an seinem Wahlkreise Lörrach-Land festhalte und dadurch die Erneuerung des Blockabkommens hintertreibe. Freilich, es würde den unbescheidenen Ansprüchen des Freisinns unter Umständen förderlich sein, wenn Dr. Obkircher, der im ganzen Verlaufe der Verhandlungen mit Ruhe und Sicherheit die berechtigten Interessen der nationalliberalen Partei vertreten hat, in der öffentlichen Meinung als der Schuldige hingestellt werden könnte, während jedermann, der nicht in Vorurteilen befangen ist, und die Tatsachen kennt, sagen muß, daß nur die Unbescheidenheit des Freisinns alle bisherigen Schwierigkeiten hervorgerufen hat."

Auf diese Darstellung nun antwortet die „Neue Bad. Landeszeitung" Nr. 59 offenbar ebenfalls parteioffiziös:

„In der offiziellen Parteiäußerung wird also direkt zu Eingang zugegeben, daß die freisinnigen Vorschläge endgültige und letzte Vorschläge gewesen sind, daß also die freisinnige Parteileitung mit diesen Vorschlägen ihrerseits ein Ultimatum gestellt hat. Lehnte die nationalliberale Partei auch nur einen dieser Vorschläge ab, so war sie es, die damit die Verhandlungen zum Scheitern brachte. Aber das offizielle Communiquee der Nationalliberalen sowohl wie die vorliegende Darstellung ihres Parteisekretärs ignorieren diese Tatsache in ihren Schlußfolgerungen, um ihrerseits die freisinnigen Vorschläge scheinbar mit einem Ultimatum beantworten und den Freisinnigen damit die Schuld am Scheitern der Blockverhandlungen zuschieben zu können. „Wir überlassen mit Ruhe der belehrten und nicht irregeführten öffentlichen Meinung das Urteil darüber, wer daran die Schuld trägt." (So schreibt nämlich die „Bad. Landesztg.".)

In der nationalliberalen Darstellung wird gesagt, daß sich Dr. Obkircher selbst bei der Frage Lörrach-Land rein referierend verhalten und überhaupt „aus leicht begreiflichen Gründen" zurückgehalten habe. Wir wollen das hinnehmen. Wir registrieren aber, daß Dr. Obkircher dennoch „einige Bemerkungen über die Gründe gemacht hat, warum der Wahlkreis Lörrach-Land nicht eingeräumt wurde". Die selbstverständliche und berechtigte Annahme aber wird sich nicht widerlegen lassen, daß der Engere Ausschuß der nationalliberalen Partei seine Haltung auch mit Rücksicht auf die Person Dr. Obkirchers eingerichtet hat, nachdem er dort die Kandidatur nach allem unerledigten Streit angenommen hat. „Aus leicht begreiflichen Gründen." Wenn Dr. Obkircher in der Sitzung durch sein Verhalten diese Rücksichtnahme in keiner Weise beeinflußt hat, so war das klug und anerkennenswert. Aber es ist zu bedauern, daß Dr. Obkircher diese weise Zurückhaltung im Streit um Lörrach-Land nicht von allem Anfang an geübt hat. Die Tatsache läßt sich auch mit allen nachträglichen Erklärungen nicht aus der Welt schaffen, daß der Gegenstand, um den monatelang ein Streit herrschte, mit Dr. Obkirchers Namen verknüpft ist. Er hat es in jedem Stadium der Sache in der Hand gehabt und hat es noch, dem Streit ein rasches Ende zu machen. Daß er mit seiner Haltung nur dem Interesse seiner Partei hat dienen wollen, das wollen wir annehmen. Daß er es damit getan hat, das glauben wir nicht.

In der nationalliberalen Darstellung heißt es weiter, daß „Lörrach-Land" im Mittelpunkt der Diskussion gestanden und daß die überwiegende Mehrheit, insbesondere auch Dr. Wilckens, sich gegen Ausschaltung von Lörrach-Land aus dem Abkommen erklärt hätten. Sollen wir das als richtig anerkennen, so müssen wir gestehen, daß wir Einsicht und Billigkeitsgefühl der führenden nationalliberalen Kreise überschätzt haben. Wir konnten nicht annehmen, daß wenn die Haltinger Vorgänge einer gerechten Beurteilung unterzogen würden, ein solches Resultat zutage kommen könnte. Wir konnten nicht annehmen, daß eine dem wahren Sinn der freisinnig-nationalliberalen Vereinbarungen zuwiderlaufende Interpretation nachträglich Billigung finden werde, obwohl in den Besprechungen, die diesen Vereinbarungen voraufgingen, diese Interpretation ausdrücklich ausgeschlossen worden war."

Dann folgt die Bemerkung, daß der freisinnigen Parteileitung von den lokalen Abmachungen in Baden-Baden nichts bekannt sei. Man erwarte von dorther nähere Information.

Zum Schluß macht die „Neue Bad. Landesztg." folgende allgemeine Bemerkungen:

„Die Linksliberalen haben den Versuch nicht nötig, eine Spaltung innerhalb der nationalliberalen Partei zu „erwecken". Sie haben diesen Versuch schon deshalb nicht gemacht, weil sie bis jetzt den Block zustande bringen wollten. Im übrigen braucht man eine Spaltung nicht zu erwecken, die da ist, wie ein flüchtiger Blick in die nationalliberale Presse zeigt. Die Einmütigkeit und Geschlossenheit einer Partei ist, besonders in offiziellen Darstellungen, immer solange ganz intakt, bis sich der Bruch zeigt. Wir werden ja sehen, welches Gesicht diese Geschlossenheit in Zukunft zeigen wird.

Die „Unbescheidenheit" des Freisinns besteht darin, daß er einen sicheren Wahlkreis verlangte. Zunächst Lörrach-Land. Das wurde abgelehnt. Auch jeder andere sichere Wahlkreis wurde nicht gewährt. Die Nationalliberalen bieten statt dessen an unsicheren Kandidaturen, auf die die Freisinnigen ohne weiteres Anspruch hatten, vier Wahlkreise, die in sozialdemokratischen Besitz sind, und zwei aussichtslose Zählkandidaturen gegen das Zentrum. Die Freisinnigen verlangen jetzt sogar nicht mehr Lörrach-Land, sondern nur seine Ausschaltung aus dem Blockabkommen. Auch das wird abgelehnt. Wer nun nicht von der „Unbescheidenheit" des Freisinns überzeugt ist, dem ist nicht zu helfen."

Wir glauben nicht, daß die Nationalliberalen gut tun, sich auf das Urteil der Oeffentlichkeit zu berufen. Es kann ihnen nach dem ganzen bisherigen Verhalten nicht günstig sein — und ist dies nicht einmal in den ihnen am nächsten stehenden Kreisen. Der Karlsruher „Schwäb. Merkur"-Korrespondent bemerkt z. B. unterm 3. Februar in Nr. 55 zu den neuen Bedingungen, welche die Nationalliberalen dem Freisinn gestellt haben:

„Wenn die heutige „Merkur"-Nummer hierherkommt, ist die Entscheidung der Freisinnigen jedenfalls schon abgegeben, man verdirbt also nichts, wenn man zugibt, daß diese Bedingungen dem ihnen vorausgehenden Ruf, nämlich auf die Bedeutung der freisinnigen Partei zugeschnitten zu sein, nicht in besonderem Grade entsprechen. Die Freisinnigen bekommen tatsächlich nur einige rosige Wölkchen gezeigt, kriegen aber keinen Stuhl zum Sitzen; sie sollen aus Liebe zur Blocksache uneigennützig Zeit, Mühe und Kosten der Agitation aufwenden, um anderen Parteien Mandate zu verschaffen, selbst aber vielleicht ganz aus der Kammer zu verschwinden. Man wird bald erfahren, was sie beschlossen haben."

Wenn schon Nationalliberale — wenn auch solche ohne Parteistempel — so urteilen, wie sollen dann erst Gegner der Nationalliberalen urteilen! Wir haben zu Eingang von einem Anschein gesprochen, daß alles an der Person Obkirchers hängt. Wir müssen uns korrigieren: es ist nicht nur der Anschein so, sondern es ist wirklich so.

Soziales.

▲ **Verband deutscher Detailgeschäfte der Textilbranche.** Der Verband beruft seine Mitglieder zur dritten ordentlichen Hauptversammlung auf den 20. Februar ds. Js. in das Langenbeck-Haus Berlin. Auf der Tagesordnung steht u. a. die Novelle zum Wettbewerbgesetz, worüber Rechtsanwalt Dr. Wassermann-Hamburg berichtet; ferner die Seidenbeschwerungsfrage, über welche Ed. Simonis-Frankfurt (Main) den Bericht erstatten wird. Berichterstatter über die neuen Bestimmungen der Gewerbeordnung betreffend Frauenarbeit ist Jos. Aufseeßer-Nürnberg.

Kleine badische Chronik.

ß **Pforzheim,** 4. Febr. Im benachbarten Dürrmenz-Mühlacker goß ein 15jähriges Dienstmädchen aus Ensingen dem 5jährigen Knaben seiner Herrschaft Schwefelsäure in die Milch. Dank der schnellen ärztlichen Hilfe dürfte das Kind mit dem Leben davonkommen. Untersuchung ist eingeleitet.

⌂ **Malsch,** 5. Febr. Gestern feierte Bürgermeister Deubel von hier sein 25jähriges Ehejubiläum in Verbindung mit seinem 50. Geburtstag und der Verlobung seiner beiden Töchter. Abends brachten die hiesigen Gesangvereine und der Militärverein ihrem Mitglied ein Ständchen. Vom Militärverein wurde dem Jubilar ein Geschenk übergeben. Von den Gesangvereinen wurden einige Lieder zum Vortrag gebracht. Der sozialdemokratische „Arbeitergesangverein" sang das Lied: „Wir glauben an der Freiheit Sieg!" .... „Wenn der erste Tag im Mai die alte Welt begräbt" u. s. w. Die Feuerwehrmusik spielte einige schöne Stücke.

+ **Au a. Rh.,** 4. Febr. Religiöse Falschmünzerei treibt die St. Johannisdruckerei in Dinglingen (Baden), sowie deren Hintermänner vom evangelischen Bunde. Kommt da gestern einer ihrer Bücherhausierer und bietet den Katholiken neben lutherischen Bibelübersetzungen ein Schriftchen an, das betitelt ist: „Erlebnisse einer frommen Katholikin". Auf dem Titelblatte ist diese fromme Katholikin als ein so recht nettes, braves, frommes Mägdelein abgebildet, mit demütig niedergeschlagenen Augen. Manches ersteht sich das Schriftchen für 10 Reichspfennige. Macht man es aber auf und liest darin, so findet man neben unzähligen Angriffen gegen die kath. Glaubenslehre die Mär von einem 16jährigen französischen Backfisch, der plötzlich geschieden wird als Vater und Mutter und als der katholische Pfarrer, und ganz aus sich selbst erkennt, daß die katholische Religion ein Ausbund der Gottlosigkeit ist. Das Backfischlein fällt nun ab vom kathol. Glauben und wird protestantisch. Und die Moral „Machts auch so." Das ist die „fromme Katholikin", die auf dem Titelblatt aufspaziert. So wirds gemacht! Was sagt man doch den Jesuiten nach? „Der Zweck heiligt die Mittel!"

‡ **Kenzingen,** 4. Febr. (Badische Pferdezucht.) In einer dieser Tage hier stattgefundenen Versammlung der Pferdezüchter des Bezirks Emmendingen wurde die Gründung eines Pferdezuchtvereins beschlossen, der später dem mittelbadischen Pferdezüchterverband angegliedert werden soll. Es soll mit der Zucht des Kaltschlags gebrochen und statt dessen zur Züchtung von Halbblut übergegangen werden. Dies ist eine Notwendigkeit für das ganze badische Land geworden, weil hier auf dem kalkarmen das von dem schweren belgischen Schlag verlangte Futter nicht wächst. Aus der Debatte sind einige Ausführungen des Großh. Oberamtmannes Dr. Kiefer-Emmendingen von allgemeinem Interesse. Die badische Pferdezucht habe infolge der Zwangsremontierungen der Zuchtstuten für die Feldzüge 1866 und 1871, aus denen die wenigsten gesund wiederkehrten, den ersten Stoß erlitten, einen weiteren dann durch die Aufhebung des Landesgestüt im Jahre 1872, welches das Land bis dahin mit Zuchthengsten versorgte. Die badische Pferdezucht sei seitdem zurückgegangen und erst die letzten Jahre hätten wieder einige Besserung gebracht. Doch fehle es bis heute an einem einheitlichen Zuchtmaterial, das zu einem größeren Aufschwung der heimischen Pferdezucht unbedingt erforderlich ist.

+ **Die Vorschriften der Radfahrordnung.**

Vom Großh. Bezirksamt Karlsruhe wird uns mitgeteilt:

Wiederholte Nichtbeachtung von Vorschriften der Radfahrordnung veranlaßt uns auf die genaue Befolgung folgender Bestimmungen mit dem Anfügen hinzuweisen, daß im Falle weiterer Uebertretungen mit Strafen eingeschritten wird:

1. Jeder Radfahrer hat eine auf seinen Namen lautende, vom Bezirksamt ausgestellte Radfahrkarte bei sich zu führen und auf Verlangen des zuständigen Beamten vorzuweisen.

Kirchliche Nachrichten.

= **Freiburg** (Breisgau). Pfarrer Chriak Heimgartner in Görwihl ist zum erzbischöflichen Schulinspektor ernannt worden.

= **Pater Augustin Andelfinger** S. J. †. Am 1. Febr. starb der „Germania" zufolge zu Exaeten bei Baexem (Holland) Pater Augustin Andelfinger. Pater Andelfinger, ohne Zweifel einer der bedeutendsten Kanzelredner Deutschlands, wurde, als er religiöse Vorträge halten wollte, infolge des Jesuitengesetzes zweimal von Aachen und von Bochum unter polizeilicher Bedeckung über die Grenze des deutschen Vaterlandes befördert.

= **Feldkirch** (Vorarlberg). An den Exerzitien für Jünglinge haben 109 teilgenommen.

⊙ **Paris,** 3. Febr. In der Generalversammlung des berühmten Collège de France wurde Abbe Loisy von 6 Kandidaten für den Lehrstuhl der Religionsgeschichte bestimmt. Diese Wahl, deren Bestätigung noch dem Unterrichtsminister unterliegt, ist insofern zwar noch nicht definitiv, darf aber, wie wir aus zuverlässiger Quelle erfahren, als ungefähr offiziell gelten. Die Persönlichkeit des Abbes Loisy und sein Konflikt mit Rom sind über die Grenzen Frankreichs hinaus bekannt genug. Loisy war Professor am Institut catholique, an der Ecoles des hautes Etudes und veröffentlichte bedeutende Werke über die chaldäisch-assyrische Religion und ihre Beziehungen zum jüdischen Kultus. Sein Buch „Das Evangelium und die Kirche" wurde auf den Index gesetzt. Er beantwortete diese Maßregelung mit einer seinerzeit vielbesprochenen kritischen Schrift: Autour d'un petit livre. Die Enzyklika Pascendi, in welcher der Papst den Modernismus verurteilte, schien den französischen Theologiegelehrten besonders zu treffen. Sein in einer Broschüre darauf erfolgter Kommentar erregte in kirchlichen und wissenschaftlichen Kreisen großes Aufsehen. Kurz darauf ließ Loisy das Hauptwerk seines Lebens „Les Evangiles synoptiques", an dem er dreißig Jahre gearbeitet hatte, dem Druck übergeben und wurde infolgedessen exkommuniziert. Loisy zeigt sich in allen seinen bibelkritischen Werken stark beeinflußt von der protestantischen deutschen Bibelkritik; vertritt indessen einen Standpunkt, der von der deutschen protestantischen Bibelkritik im großen ganzen schon wieder verlassen ist. Als er sich zur oben genannten und vorläufig mit Erfolg gekrönten Kandidatur entschloß, erklärte er einem Publizisten, daß es sich keineswegs um eine Kampfeskandidatur gegen die katholische Kirche handle, welcher er jetzt fremd gegenüberstehe, sondern um die eines rein objektiv zu Werk gehenden Gelehrten.

Wie dem auch sei, Abbe Loisy gilt als der weitaus bedeutendste Führer der französischen Modernisten, dessen Einfluß (wenn auch nicht gerade nach außen) hier sehr unverkennbar zu Tage getreten ist. Schon dieser Umstand läßt darauf schließen, daß sich die ausgesprochen atheistische Regierung die Gelegenheit nicht entgehen lassen wird, Loisy die wichtige Professur zu übertragen.

⊙ **Paris,** 3. Febr. Die „Liberté" läßt sich aus Rom melden, daß das nächste auf Ende Februar festgesetzte Konsistorium infolge der sizilianischen Katastrophe nicht vor April oder Mai stattfinden werde. Die Bedeutung dieses Konsistoriums ist um so größer, als sehr viele Kardinalsitze vakant geworden sind. Man rechnet indes nur auf etwa 8 Neubesetzungen. Mit dem Tode des Erzbischofs Lecot von Bordeaux zählt Frankreich nur noch drei Kardinäle anstatt sieben. Die Verleihung des Purpurs an den Pariser Erzbischof Msgr. Amette gilt als sicher.

Kleines Feuilleton.

= **„Theater-Elend",** ein Weckruf von Dr. Pfeiffer. Die Verhandlungen der deutschen Bühnengenossenschaft im Dezember vorigen Jahres haben der Oeffentlichkeit mehr als früher die Kunde gebracht von einer tiefgehenden Bewegung in den Reihen der deutschen Bühnenangehörigen. Der Streit um das neue Vertragsformular hat seine Wellen bei der Oeffentlichkeit geschlagen. In richtiger Würdigung des großen Interesses, welches das Publikum in Deutschland am Theater nimmt, zugleich aber auch überzeugt von der allgemeinen Unkenntnis der tatsächlichen Verhältnisse, hat der Reichstagsabgeordnete Dr. Pfeiffer-Bamberg, welcher im Reichstag wiederholt sich der Interessen der Bühnenangehörigen angenommen hat, in dieser Broschüre eine Fülle von Material zusammengetragen. Zunächst sind die Wohlfahrtseinrichtungen der Bühnenangehörigen aufgezählt; daran reiht sich eine Darstellung der Gagenverhältnisse an deutschen Bühnen. Die Zahl der Schauspieler beträgt 25 000, darunter 10 000 Chormitglieder. Von diesen 25 000 Bühnenangehörigen hat ungefähr die Hälfte ein Einkommen von weniger als 1000 Mk.; 20 Proz. haben bis 1500 Mk., weitere 20 Proz. bis zu 3000 Mk. und nur 10 Proz. über 3000 Mk. Eine große Zahl von Beispielen erzählt von den Gagen an deutschen Hof- und Provinztheatern und unterrichtet über die wirklich oft traurige wirtschaftliche Grundlage, auf der der Künstlerberuf aufgebaut wird. Diesen Gagen sind die Verpflichtungen gegenübergestellt, welche der Beruf in materieller und künstlerischer Hinsicht fordert; so die Anschaffung der Kostüme, die Aufwendungen für Reisen, Vermittelungsgebühren an Agenten und die Strafgelder. Dann werden verschiedene Härten, die das Kündigungsrecht nach dem jetzt bestehenden Vertrag aufweist, besprochen und endlich aus der für andere Betriebe (nach der heutigen Gesetzgebung ist das Theater ein Gewerbebetrieb) die Bestimmungen aufgezählt, die in einem künftig zu schaffenden Reichstheatergesetz analoge Anwendung auf das Theater finden müssen. Besonders wichtig erscheint hier die Forderung eines dem Fabrik- und Gewerbeinspektor entsprechenden Bühnen-Inspektors. Aus dem reichen Stoffe, der eine tiefgehende Sachkenntnis verrät, können wir nur diese allgemeinen Gesichtspunkte herausgreifen. Die Broschüre ist dem Publikum auf das angelegentlichste zu empfehlen, da sie in ihrer frischen Darstellung zum erstenmale außerhalb der Fachzeitschrift Verhältnisse beleuchtet, an deren Besserung die ganze Nation ein Interesse hat, nachdem das Theater unbestreitbar ein hervorragender Kulturfaktor ist. Die Broschüre ist im Verlage der „Bamberger Neuesten Nachrichten (Bamberg) erschienen und kostet 80 Pfg. Sie ist auch im Buchhandel erhältlich.

BLB BADISCHE LANDESBIBLIOTHEK
Baden-Württemberg

2. Das Radfahren auf Gehwegen ist verboten.

3. Jedes Fahrrad muß während der Dunkelheit mit einer hellleuchtenden Laterne mit farblosen Gläsern versehen sein.

3. Auf den Haltruf oder das Haltzeichen eines Polizeibeamten hat jeder Radfahrer sofort anzuhalten.

*

Ulm, 3. Febr. Im benachbarten Wiblingen hat ein scheckiger Geißbock einem Herrn, einem Wirt, einen bösen Streich gespielt. Besagter Bock war ein besonders neugieriger Vertreter des im Geruch der Neugierde stehenden Ziegengeschlechts. In der Abwesenheit des Wirts machte er lt. „Rast. Ztg." eine Exkursion in die Wirtsstube und fand da mehrere 20 Mk.-Scheine, welche der Wirt — er ist scheint's kein gewiegter Geldmensch — nicht genügend verwahrt hatte. Die Scheine sehen und mit deren Verzehrung beginnen, war für den Bock das Werk eines Augenblicks. Als der vierte Schein den Bocksgaumen passieren sollte, kam gerade ein Gast dazu. Nun ging's dem Bock schlecht. Er wurde seinem Herrn übergeben und der schnitt ihm kurzerhand den Lebensfaden ab, hoffend, noch die Nummern der verschlungenen Scheine feststellen zu können. Es war vergebens; die Scheine waren schon derart „verdaut", daß die Nummern nicht mehr eruiert werden konnten, und so hat der Wirt neben dem Spott auch noch den doppelten Schaden!

T. **Basel**, 3. Nov. Ein schrecklicher Unglücksfall ereignete sich in der Nacht vom Dienstag auf Mittwoch auf der Straßenbahn Basel-Aesch. Der Wagenführer des letzten nach Aesch fahrenden Wagens bemerkte auf offener Strecke, zwischen dem Dorfe Reinach und dem Reinacher Hof, daß der Wagen plötzlich ein sprunghaftes Tempo hat und dann aus dem Geleise springt. Er stellte den Motor ab, um nach der Ursache des Hindernisses zu forschen. Da gewahrten Führer und Billeteur plötzlich einen vollständig in der Mitte entzwei geschnittenen männlichen Leichnam in gräßlich verstümmeltem Zustande und bis zur Unkenntlichkeit entstellt. Erst als man um die Identität des Getöteten festzustellen, nach schriftlichen Sachen suchte, konnte man feststellen, daß der Verstorbene der ca. 40 Jahre alte Wirt Anton Mepple-Laule, Bahnhofstraße 29 wohnhaft, war. Wie der Verunglückte auf das Geleise der Straßenbahn gekommen, das wird wohl nicht aufgeklärt werden. Auf einem bei der Straßenbahnverwaltung Basel requirierten Wagen wurde noch in der Nacht die Leiche des Verunglückten in seine Wohnung verbracht.

Lokales.

Karlsruhe, 5. Februar 1909.

‡ **Dr. Engert**, der exkommunizierte und suspendierte katholische Priester, hat am Mittwoch abend in der Antiultramontanen Vereinigung eine Gastrolle gegeben, die trotz des Beifalls wohl nicht alle der nicht sehr zahlreich erschienenen Antiultramontanen und Neugierigen vollauf befriedigt hat. Professor Fischer betonte in seinem Einleitungswort, daß die Antiultramontanen Religion und Politik säuberlich trennen; daß sie nur den Ultramontanismus als politische Partei bekämpfen. Die bekannte dumme Phrase! Wie das gemeint sei, dafür lieferte dann Dr. Engert, der wiederholt die Antiultramontanen seiner Freundschaft und Waffenbrüderschaft versicherte, den Beweis, indem er über anderthalb Stunden über ein theologisches Thema sprach, von dem niemand behaupten wird, daß es mit der Religion nichts zu tun habe. Im Gegenteil, es handelte sich hier nur um innerkirchliche religiöse Angelegenheiten der katholischen Kirche, die weder die Politik, noch die Antiultramontane Vereinigung auch nur einen Pfifferling angehen. Dr. Engert sprach über den Modernismus und das Vorgehen des Papstes gegen denselben. Er forderte als Grundbedingung für die theologische Wissenschaft die Anwendung der Entwicklungslehre auch in der Theologie. Alles hat sich nach ihm entwickelt, selbst die geoffenbarte Religion, das Dogma, der Gottesbegriff, alles ein Produkt seiner Zeitepoche und nur für seine bestimmte Zeit. Auch dem Laien wird es hier klar, daß ein solches Religionssystem von vornherein alles Uebernatürliche ausschließt und die Religion zum Menschenwerk stempelt. Dabei scheute sich Dr. Engert nicht, eine Reihe von Männern, die jedenfalls sich im Grabe umdrehen würden, wenn sie Engerts Lob gehört hätten, als Vorläufer des Modernismus zu bezeichnen, darunter selbst Görres; von noch Lebenden sprach er die Jesuiten Hummelauer und Wasmann als Modernisten an; auch der Kardinal Newmann war nach seiner Anschauung Modernist. Daß sie vom Papst nicht in den Bann getan wurden, wie Loisy, den Engert wiederholt als den unerreichten Theologen feierte, das habe Newmann nur seinen großen Taten für die Kirche und Hummelauer und Wasmann dem Jesuitenorden zu danken: der Papst braucht die Orden. Es ist das eine bodenlose Verdächtigung dieser Männer, wie des Papstes. Den Jesuiten Tyrell hat der Orden nicht vor Maßregelung geschützt; das sollte Dr. Engert wissen, davon sprach er aber nicht. Es war ja auch leichter und verfing in der gelangweilten Versammlung am Schlusse mehr, wenn er gegen den Papst loszog und ihm nachsagte, daß er die deutsche Philosophie, die deutsche Geschichte, mit einem Wort die deutsche Wissenschaft, am schwersten getroffen habe. Daß Dr. Engert mit seinem Vortrag — er ist weder eine guter Redner, noch stellt er in seiner braunen Joppe etwas vor — die Versammlung nicht allzusehr zu fesseln wußte, zeigte manches gähnende Gesicht; und um das Bild richtig zu zeichnen, dürfen wir des Einen nicht vergessen, der zur Abwechslung den Zuhörern Dr. Engerts auf der Harfe des Schlafgottes ein so schönes Liedchen vorraspelte, daß viele anstatt Dr. Engert, diesem süßen Schläfer ihre Aufmerksamkeit zuwandten. Mochte auch am Rednerpult und am Vorstandstisch das antiultramontane Feuer lodern, zu erwärmen mochte es nicht, nicht einmal zu einer Diskussion. Das muß auch Professor Fischer eingesehen haben, darum wandte er sich noch in einem besonderen Appell an die Studentenschaft und brachte eine Resolution gegen die Unterdrückung der deutschen Wissenschaft zur „einstimmigen Annahme", d. h. Professor Fischer versteht die Mache, er fragt, ob niemand gegen die Resolution sprechen wolle, und als sich nicht sofort jemand meldete, erklärte er, die Resolution sei einstimmig angenommen. Das ist doch höchst einfach; aber jedermann lacht über eine solche Art der Abstimmung! Im Stillen haben wir Dr. Engert, den katholischen Priester — denn die Priesterweihe kann er auch mit dem extremsten Laienjaquette und Schnurrbart nicht verdecken; sein Tonfall verriet ihn auch äußerlich — bedauert. Getrennt von der Kirche, zehrt er von seinem theologischen Wissen und verdient sich durch einen langweilenden Vortrag sein Brot im Kreise der extremsten und sogar kolpatschigsten Feinde der Kirche in unserem Vaterland. Der Kirche kann er durch seine Tätigkeit nicht schaden. Möge ihm Gott die Gnade geben, daß er einst den Schaden, den er bei sich selber anrichtete durch seine modernistische Betätigung, wieder gut machen könne!

Die Zuhörerschaft bestand zum größten Teil aus jenem Publikum, das sein „Gaudi" haben möchte. Sie kamen aber um ihren Spaß. Von den etwa 160 Anwesenden waren ungefähr 10 Damen, anderthalb Dutzend Herren in reiferem Alter, alles übrige waren Studenten, Kaufleute 2c. So viel wir bemerkten, befanden sich auch viele „Ultramontane" unter den Zuhörern. Der Eindruck im Ganzen war kläglich.

R. **Borromäusverein.** Die Gabenkataloge für die Mitglieder werden zurzeit ausgeteilt. Freudig zu begrüßen ist der Bezug des Herderschen Konversationslexikons in Teillieferungen (Kat.-Nr. 1) für die Mitglieder zu 6.40 Mk. und des Magnifikat der Erzdiözese Freiburg (Kat.-Nr. 1374) für jene zu 3.30 Mk. Neuanmeldende werden für hier bis zum 14. Februar noch angenommen, entrichten den vollen Jahresbeitrag und können dafür noch in die Gabenliste eingereiht werden. Alles Nähere über den Verein ist aus den Kirchenkalendern zu ersehen.

⌂ **Das Kinderschutzgesetz und seine Wirkungen.** Man schreibt uns: In den hiesigen Zeitungen haben die Zeitungsträgerinnen angeregt, die Zeitungsabonnenten oder Hausbesitzer möchten im Hauseingang Briefkästen zum Einstecken der Zeitungen anbringen lassen. Diese Einrichtung ist aus anderen Städten wohl bekannt, ebenso aber auch deren Nachteile. Zunächst erhalten die Zeitungs- und Briefempfänger ihre Sendungen lange nicht so pünktlich, als wenn sie ihnen in der Wohnung direkt zugestellt werden. Sie müssen öfters des Tages aus den oberen Stockwerken selbst an die Briefkästen gehen und sie entleeren; zu diesem Zwecke müssen für die Briefkästen zumeist mehrere Schlüssel angeschafft werden, die oft verloren gehen. Die Briefe und Zeitungen werden, wenn mehrere Briefkästen nebeneinander angebracht sind, von den Bestellboten vielfach verwechselt und in die unrichtigen Kästen gesteckt, sodaß sie in die unrichtigen Hände kommen, gelesen werden und sehr oft, besonders wenn Mietparteien verfeindet sind, gar nicht mehr an die richtige Adresse gelangen. Die Postbehörde würde sich eine solche allgemeine Einrichtung alsbald mit Vergnügen zu Nutzen machen; sie würde im Hinblick auf die einfachere Bestellungsmetode die Bestellbezirke erweitern, wodurch viele Briefboten entbehrlich würden und um Stellung und Brot kämen. Dasselbe wäre wahrscheinlich auch mit den Zeitungsträgerinnen der Fall. Der Nutzen einer solchen Einrichtung erscheint demnach sehr zweifelhaft. Wie man die Sache ansieht, würden sich für die Brief- und Zeitungsempfänger nur Nachteile und Unbequemlichkeiten ergeben, während den einzigen und bedeutesten Nutzen die Postbehörde durch die Ersparung von Bestellpersonal hätte. Wenn also ernstlich darauf reflektiert werden wollte, dürfte es wohl am ehesten Sache der Postbehörde sein, auf ihre Kosten im Benehmen mit den Hauseigentümern Briefkästen in den Hauseingängen anbringen zu lassen. (Wir geben diese Stimme wieder, ohne uns mit ihr zu identifizieren. D. Red.)

∧ **Streit mit der Kellnerin.** Ein 30 Jahre alter verheirateter Monteur aus Owen beleidigte in einer Wirtschaft in Mühlburg eine Kellnerin, weshalb diese ihm mit der Hand in's Gesicht schlug. Daraufhin faßte er die Kellnerin an den Haaren, riß ihr eine Hand voll Haare heraus und schlug ihr mehrmals den Kopf gegen eine Türe, infolgedessen sie mehrere Blutunterlaufungen davon trug.

╳ **Diebstahl.** Vom 30. v. bis 1. d. M. kam in der Baugewerkeschule ein Präzisions-Reißzeug (Richter), „D. P." gezeichnet, im Werte von 30 M. abhanden.

= **Verhaftet** wurden: ein 35 Jahre alter Taglöhner aus Eggenstein, wegen dringendem Verdacht einem Gaste in einer Wirtschaft in der Kronenstraße 20 Mark gestohlen zu haben; dann ein 30 Jahre alter lediger Taglöhner aus Malsch, weil er von einem Bekannten ein Fahrrad lieh und dieses auswärts verkaufte; ferner ein 27 Jahre alter lediger Eisenhobler von hier, wegen Vergehen gegen § 183 des R.-St.-G.-B.

Sturm und Hochwasser.

○ **Hochwasser in Weinheim.**

Was vorauszusehen war, ist eingetroffen. Der starke Regen gestern Mittag und heute nacht, der Südwind und der frischgefallene Schnee hat übernacht Hochwasser gebracht. Die sonst so kleine Weschnitz wuchs gegen morgen in beängstigender Weise. Nach 8 Uhr mußte die Wasserwehr alarmiert werden. In mächtigen Wogen wälzte die sonst so stille, kleine Weschnitz ganz gewaltige Massen schmutzig-gelben Wassers daher. Abgerissene Zäune, Balken, Sägklötze, Bretter und ganze Bäume, eine ganze Wagenladung Stroh brachte das Wasser mit. Dröhnend stießen die Hölzer an die Pfeiler der Brücken und besonders an die Träger der Eisenbahnbrücken. Die Wehrmänner hatten kolossale Arbeit, die Balken 2c. herauszufischen und so eine Verstopfung der Brücken zu verhüten und damit großes Unglück abzuwenden. Die alte Postgasse war um 10 Uhr etwa 30 Cmtr. unter Wasser. Durch die Kanalisation drang das Wasser heraus. Bei einem Kaufmann in der Kolonie stellte sich der ganze Keller voll Wasser. Der Schlachthof war durch das Wasser vom Verkehr abgeschlossen. Die Eisenbahnbrücken waren bereits stark gefährdet, als gegen mittag unterhalb der Eisenbahn der Damm an mehreren Stellen brach und dadurch das Wasser fiel. Nachmittags, da ich dies schreibe, ist das Wasser bereits stark gefallen, Aber immer noch kommen gewaltige Wassermassen. Ein Gang das Wechschnitztal hinauf bietet interessante Bilder. An den Wehren im Tal braust das Wasser in gewaltigen Wogen herab und meterhoch spritzt der Gischt in die Höhe. Donnernd brechen sich die Wogen an den felsigen Ufern und an den granitenen Ufermauern. Besonders stark mitgenommen ist die Fuchssche Mühle, ein beliebter Ausflugsort im Birkenauer Tal. Die ganzen Anlagen sind zerstört. Die Badanstalt ist weggerissen und traurig hängt die Bretterwand am Rand der Straße. Die Odenwaldbahn hatte eine Zeitlang den Betrieb eingestellt. Im Odenwald sollen die Verwüstungen sehr groß sein, doch hat man keine näheren Nachrichten darüber. Die hiesigen Fabriken wurden am Vormittag geschlossen.

Weiter wird nach der „Frkf. Ztg." noch gemeldet:

Wertheim, 4. Febr. Mittags 3 Uhr betrug der Mainpegel 265 Zmtr., der Tauberpegel 255 Zmtr.

Erbach i. O., 4. Febr. Seit heute morgen herrscht im ganzen Mümlingtale furchtbares Hochwasser. Ganze Ortschaften sind völlig vom Verkehr abgeschnitten. Die Hauptkraft des Wassers richtete sich den ganzen Tag über gegen die Kreisstadt Erbach, die durch die hochgehenden Fluten der Mümling in zwei Teile getrennt war. Verluste an Menschenleben sind nicht zu beklagen, doch sind viele Haustiere zugrunde gegangen. Die Feuerwehr hält die Nacht über an den bedrohten Stellen Wache. Das elektrische Licht funktioniert infolge des Hochwassers nicht, was die Angst und den Schrecken in der Stadt vermehrt.

Siegen, 4. Febr. Das Hochwasser überflutet bereits einige Straßen der Unterstadt; es steigt noch immer. Die Lage ist sehr gefahrvoll. Der Wasserspiegel der Sieg ist so gestiegen, daß die unterste Sohle der Grube Storch und Schöneberg unter Wasser gesetzt ist. Der Betrieb mußte eingestellt werden.

Dresden, 4. Febr. Die meisten sächsischen Flüsse führen starkes Hochwasser, so namentlich die Röder, Pulsnitz und die Weißtritz. Auch die Elbe steigt schnell und hat starken Eisgang. In manchen Orten mußten die Gehöfte des Wassers wegen geräumt und das Vieh in Sicherheit gebracht werden. In der Radeberger Gegend wurden bereits Pioniere zur Hilfe kommandiert.

Sonneberg, 4. Febr. Zwischen Lauscha, Sonneberg und Coburg steht das niedrigliegende Land unter Wasser, auch die Bahnlinien sind überflutet. In Sonneberg und den Waldorten dringt das Wasser in die Hausflure, Keller und Ställe ein, so daß das Vieh gerettet werden muß. Die Bergwässer stürzen, Hochwasser führend, ins Tal und setzen die Dörfer unter Wasser.

Hd. **Bonn**, 5. Februar. Das plötzlich hereinbrechende Hochwasser der Sieg schwemmte bei Honnef 600 Schafe fort. 80 konnten gerettet werden, die übrigen sind ertrunken.

Hd. **Wien**, 5. Febr. In ganz Oesterreich wütet ein orkanartiger Sturm. In den Alpentälern ist vielfach Ueberschwemmung eingetreten. Im Salzkammergut sind zwei Lawinen niedergegangen. Eine davon fiel auf einen vorübergehenden Eisenbahnzug. Dabei wurden 4 Personen erheblich verletzt. Die über die Traun führende Brücke wurde weggerissen. In Wien selbst wurden mehrere Personen vom Sturm zu Boden gerissen. Die Feuerwehr wurde mehr als 80 mal requiriert.

Vermischte Nachrichten.

Hd. **Bromberg**, 4. Febr. Die hiesige Polizei verhaftete den ehemaligen Lokomotivführer Potterschin aus Ruda, der nach Ermordung eines Tischlers und eines Schuhmachers in Ruda nach Bromberg gekommen war, um hier seine Tochter, mit der er vor Jahren Sittlichkeitsverbrechen verübt hatte, ebenfalls zu ermorden.

Hd. **Halle a. d. S.**, 4. Febr. Auf einem Grundstück in der Nähe des Bahnhofes wurde, wie die „Hallesche Ztg." meldet, am hellen Tage ein Fuhrmann, der Gelder einkassiert hatte, von einem Unbekannten hinterrücks durch einen Schlag auf den Kopf zu Boden gestreckt und ihm die Geldtasche, die er umgehängt trug, abgeschnitten. Der Räuber entkam.

Hd. **Erfurt**, 4. Febr. Der Maurer Heinemann überraschte in der letzten Nacht seine Frau mit dem Kellner Horst. Horst stürzte sich mit einem Dolch auf den Ehemann und verletzte ihn durch Stiche an Hals und Brust tötlich.

Hd. **Hannover**, 4. Febr. Heute morgen gegen 4 Uhr kam auf dem Grundstück der hannoverschen Erzöl-Industrie und Raffinerie Großfeuer aus. Bei der leichten Brennbarkeit des Materials, welches dort lagerte, verbreitete sich das Feuer sehr schnell, sodaß in kurzer Zeit das ganze Fabrikgebäude ein Flammenmeer bildete und einen weithin sichtbaren Feuerschein verbreitete. Die Feuerwehren von Hannover und den umliegenden Orten sind an der Brandstelle anwesend.

Hd. **München**, 4. Febr. Wegen Depotunterschlagung in Höhe von etwa 69,000 M. haben sich in Landshut die Brüder Ernst und Josef Pappenberger, Inhaber eines Bankgeschäftes, der Staatsanwalt gestellt.

Hd. **Budapest**, 4. Februar. Georg Christic, der außereheliche Sohn des Königs Milan, trat gestern zum ersten male in einem hiesigen Vorstadtvariete als Sänger und Kunstschütze auf und erzielte mit einem gegen Serbien und die Dynastie Karageorgewitsch gerichteten Kouplet großen Beifall.

Hd. **Brüssel**, 4. Febr. Der erst vor wenigen Jahren mit einem Geldaufwande von 4 Mill. Frc. erbaute Kursaal in Spa steht seit 6 Uhr Vormittags in Flammen. Der starke Wind begünstigt den Brand. Das Dach stürzte gegen 7 Uhr ein. Der Konzertsaal ist vollständig vernichtet. Viele Feuerwehren sind zur Stelle.

Hd. **Rom**, 4. Febr. Aus Reggio wird gemeldet, daß Präfekt Resty gestern die Verwaltung der Stadt übernommen hat. Er erließ einen Befehl an die Bevölkerung, worin diese aufgefordert wird, ihre Wohnungen wieder aufzusuchen und herzurichten. Zahlreiche Personen haben dieser Aufforderung Folge geleistet. Die Aufräumungsarbeiten werden jetzt mit größtem Eifer fortgesetzt.

** Die versöhnende Visitenkarte. Eine heitere Duellgeschichte, die sich dieser Tage während der Probe an einem Wiener Theater abspielte, erzählt das „Neue Pester Journal". Zwei Schauspieler gerieten aneinander, eine trächtige Beleidigung fiel. Der Beleidigte erbleichte, sagte dann dem Kollegen, der erst neu in's Ensemble getreten war:

„Werden Sie mir für diese Beleidigung Genugtuung geben?"

„Ja!"

„Hier, meine Karte!"

Ueberreichte sie und kehrte dem Gegner den Rücken.

Der Beleidigte nimmt die Karte, guckt sie genau an und findet auf der Rückseite mit Blei geschrieben:

„Verehrter Herr Sekretär! Ich bitte Sie dringend, mir ausnahmsweise ein à conto von 50 Kronen zu bewilligen."

Nun eilt er zum Sekretär, holt für den Kollegen die 50 Kronen, geht auf den Künstler zu und fragt:

„Soll ich die 50 Kronen Ihren Zeugen übergeben?"

Und sie haben sich nicht geschlagen!

Telegramme und neueste Nachrichten.

Hd. **Belgrad**, 4. Febr. Hier ist aus Petersburg eine Troika eingetroffen, die der Zar dem Kronprinzen zum Geschenk gemacht hat.

Hd. **London**, 4. Febr. Nach einer Meldung des „Daily Chronicle" aus Neapel wird König Eduard Messina und Reggio besuchen und zwar in der Zeit nach Ostern.

Preußischer Landtag.

Hd. **Berlin**, 4. Febr. Das Abgeordnetenhaus beriet heute die dritte Lesung der Besoldungsvorlage. Zunächst fand eine allgemeine Aussprache statt, an die sich die Einzelbesprechungen anschlossen. Dann wurden die Besoldungsklassen nach den Beschlüssen der zweiten Lesung angenommen. Eine Aenderung trat nur ein bei den Buchhaltern und Lehrern, bei den Befugnissen der Justizverwaltung und bei der Strafanstaltsverwaltung, deren Gehalt künftig 1400 bis 2500 Mk. beträgt, während vorher nur 1400 bis 2400 Mk. ausgesetzt waren. Dann wurde die Besoldungsvorlage in der Gesamtabstimmung verabschiedet. Es folgte die Beratung des Staatsvertrages zwischen Preußen und Hamburg betr. Verbesserung des Fahrwassers der Elbe und die Aenderung der Landesgrenze gegen die freie und Hansastadt Hamburg. Nach längerer Debatte wurde die Vorlage an eine Kommission von 21 Mitgliedern verwiesen.

Handelsvertrag Deutschland und Venezuela.

Hd. **Berlin**, 4. Febr. Zwischen dem deutschen Reich und Venezuela ist ein Freundschafts-, Schiffahrts- und Handelsvertrag abgeschlossen worden, der Deutschland das Recht der Meistbegünstigung einräumt.

Gegen schlagende Wetter.

Hd. **Berlin**, 4. Febr. Wie gemeldet wird, hat die Regierung soeben bedeutende Maßnahmen gegen die schlagenden Wetter in den Bergwerken getroffen. Auf den königlichen Gruben werden nämlich augenblicklich Versuche mit einer Anwendung der sog. Düse gemacht, die das Ansammeln des trockenen Kohlenstaubes, der die schlagenden Wetter verursacht, verhüten. Die Versuche mit diesen Düsen haben bis jetzt die besten Erfolge gezeitigt.

Castro geheilt.

Hd. **Berlin**, 4. Febr. General Castro, der frühere Präsident von Venezuela, wird morgen vormittag die Privatklinik des Professors Israel als geheilt verlassen und wieder in das Hotel „Esplanade" übersiedeln.

Balgerei im Oesterreicher Reichsrat.

Hd. **Wien**, 5. Febr. Im Abgeordnetenhause kam es gestern wieder zu Tumultszenen. Sie richteten sich diesmal gegen den Handelsminister Nataia. Der Führer der Jungtschechen, Dr. Cramarz, hatte die Instruktion des Handelsministers zum Posterlaß in Böhmen eine Gaunerei und Betrug genannt. Der Minister protestierte hiergegen in ruhigen und höflichen Worten und als er aus der Instruktion den Satz vorlas: In gewissen Fällen ist die tschechische Sprache zulässig . . . . wurden die Tschechen über das Wort „zulässig" förmlich toll. Sie tobten und brüllten und stürzten mit erhobenen Fäusten auf den Minister los, um den sich sofort die Deutschen wie eine Schutzmauer zusammen schlossen.

Muley Hafids Glückswunsch

Hd. **Paris**, 5. Febr. Der „Temps" meldet aus Fez: Der Sultan Muley Hafid hat dem deutschen Konsul in Fez anläßlich des 50. Geburtstages des deutschen Kaisers ein von ihm in arabischen Versen verfaßtes Gedicht zu Ehren Kaiser Wilhelms eingesandt. Er bringt darin seine Glückwünsche für den Kaiser und den aufrichtigen Wunsch nach Erhaltung der freundschaftlichen Beziehungen zwischen Marokko und Deutschland zum Ausdruck. Zum Empfange, der am 27. Januar beim deutschen Gesandten in Marokko stattfand, erschienen nicht weniger als 80 Eingeborenen-Sultane, die unter deutschem Protektorate stehen.

Handel und Verkehr.

Mannheim, 4. Febr. (Effekten-Börse). An der heutigen Börse notierten von Bank-Aktien: Rhein. Kreditbank 133 bez. und Süddeutsche Bank 112 bez. u. G. Von Industrie-Aktien wurden Zellstoffabrik Waldhof-Aktien zu 302 Proz. umgesetzt.

Frankfurt a. M., 4. Febr. (Schlußkurse 1 Uhr 45 Min.) Wechsel Amsterdam 169.66, Ital. 81.—, London 204.95, Paris 81.50, Wien 85.40, Privatdisk. 2 %, 3 ½% Dtsch. Reichsanleihe 96.10, 3 % Deutsche Reichsanleihe 87.—, 3½% Preußische Konsols 96.—, Oesterreichische Goldrente 98.60, Oesterreichische Silberrente 98.20, 3% Portug. I 58.—, Badische Bank 133.50, Deutsche Bank 245.90, Oesterr. Länderb. 111.50, Rhein. Kredib. 133.—, Rhein. Hypothekenb. 194.—, Ottoman 141.—. — 3½% Baden abgest. —.—, 3½% Baden in Mark 96.—, 3½% do. 1900 —.—, 3% dto. 1896 86.30, Bad. Zuckerfabrik 133.—, Schuckert 119.25, Maschinenfabrik Gritzner 199.80, Karlsruher Maschinenfabrik 191.50, Hamburg-Amerika 112.40 Norddeutscher Lloyd 91.70.

Karlsruher Standesbuch-Auszüge.

Eheaufgebote: 3. Febr. Dr. Ferdinand Krumm von hier, Oberarzt hier, mit Luise Trautz von hier. — Karl Röhm von Stuttgart, Kaufmann hier, mit Lina Schneider von hier. — Jakob Philipp von Niederlustadt, Tüncher hier, mit Luise Keim von Schwöllbronn. — Heinrich Reizenstein von Nürnberg, Kaufmann in Nürnberg, mit Bella Mansbach von hier. — Ferdinand Hoerner von Rußheim, Schneider hier, mit Katharina Assenmacher von Rheinbach. — Ludwig Rapp von Neusatz, Schneider hier, mit Elisabetha Rieger von Rheinsheim. — Emil Jehle von Offenburg, Metzger hier, mit Amalie Jülg von Waldulm.

Eheschließungen: 4. Febr. Ernst Wache von Holzdorf, Trompeter hier, mit Frieda Schmalz von Schistung. — Ludwig Antritter von Sulzfeld, Fuhrmann hier, mit Maria Orben von Dörrebach. — Chaim Hornstein von Sokolow, Reisender hier, mit Lea Zafren von Dynow.

Geburten: 30. Jan. Ferdinand, Vater Hermann Steier, Postschaffner. — Eugen Karl Friedrich, Vater Josef Mohrholz, Maler. — Hildegard Elisabeth, Vater Franz Wahl, Redakteur. — Elisabeth, Vater Heinrich Bähler, Restaurateur. — 31. Jan. Franz Berthold, Vater August Böhringer, Hauptlehrer. — Willi August, Vater August Nestel, Fuhrmann. — 1. Febr. Hedwig, Vater Eugen Epp, Finanzamtmann. — Klara Ottilie, Vater Johann Sonnet, Kürschner. — Lydia Johanna, Vater Philipp Rieger, Lackier. — Albert Otto, Vater Erich Mauder, Schreiner. — 2. Febr. Karl Friedrich, Vater Karl Kramer, Handelslehrer. — 3. Febr. Johanna Elisabetha, Vater Gustav Becker, Kaufmann.

Todesfälle: 3. Febr. Anna v. Theobald, Privatiere, ledig, alt 85 Jahre. — Theodor Strub, Schreiner, ledig, alt 28 Jahre. — Elisabetha Sattler, alt 26 Jahre, Ehefrau des Instrumentenmachers Karl Sattler. — Emma, alt 1 Monat 29 Tage, Vater Wilhelm Frank, Metallschleifer.

Wetterbericht des Zentralbur. für Meteorol. und Hydrogr. vom 5. Februar 1909.

Hoher Druck lagert wie bisher im Südwesten. Die gestrige Depression ist samt ihrem Ausläufer nach dem westlichen Rußland abgezogen, eine neue ist aber über der Nordsee erschienen; das Wetter ist deshalb auf dem Festland trüb, mild und regnerisch geblieben. Eine wesentliche Aenderung ist zunächst nicht zu erwarten.

Wasserstand des Rheines am 5. Febr. 1909 früh:
Schusterinsel 0.90, gestiegen 5. **Kehl** 1.50, gestiegen 12. **Maxau** 3.42, gestiegen 30. **Mannheim** 2.87, gestiegen 101.

Großh. Hoftheater.

Freitag, 5. Febr. Abtl. B. 34. Abmts.-Vorstellung. **Der Freischütz**, romantische Oper in 3 Akten von Weber. Anfang 7 Uhr, Ende ¾10 Uhr.

Samstag, 6. Febr. Abt. C. 36. Abmts.-Vorstellung. **Wolkenkratzer**, eine amerikanische Komödie in 3 A. von Carl Rößler und Ludwig Heller. Anfang 7 Uhr, Ende gegen 9 Uhr.

Tages-Kalender.

Freitag, den 5. Februar 1909:

Windthorstbund. Halb 9 Uhr Bundesabend mit politischer Rundschau.
Kath. Arbeiterverein-Mittelstadt. Halb 9 Uhr Bezirksversammlung im Landsknecht.
Kath. Gesellenverein. 9 Uhr Gesangsprobe.
Turngemeinde. 8 Uhr Turnen für Mitgl. und Zöglinge in der Zentralturnhalle.
Apollotheater. 8 Uhr Varietevorstellung.
Kolosseum. 8 Uhr Vorstellung.
Friedrichshof. 8 Uhr Künstlerkonzert der ungarischen Magnatenkapelle Czenta Berzi im Gartensaal.

Für die durch Erdbeben heimgesuchten italienischen Städte

gingen bei uns ein:

Bisher 244 Mk. Ungenannt 2 Mk. Zus.: 246 Mk.

Wir bitten höflichst um weitere Gaben.

Geschäftsstelle des „Badischen Beobachters".

Für die Brandbeschädigten in Großrinderfeld

gingen bei uns ein:

Bisher 67 Mark. Oberrechnungsrat Armbruster 3 Mark. Zus.: 70 Mk.

Wir bitten höflichst um weitere Gaben.

Geschäftsstelle des „Badischen Beobachters".

Back', brat' und koch'

mit ALCO-Fett!

Es spart, schmeckt gut und bräunt auch nett.

en gros. Julius Strauss, Karlsruhe, Kaiserstr. 189, en détail
zwischen Herren- und Waldstrasse.

Ball und Karneval

Sämtliche Zutaten zur Anfertigung für Ball- und Karneval-Kostüme in grösster Auswahl u. billigsten Preisen.

Spezialität: Landestrachten.
Komplette Tyroler-Kostüme für Damen, Herren u. Kinder.

Gesinnungsgenossen! Gedenket Eurer Presse
Abonniert auf den Badischen Beobachter!

Wenn eine Frau

um 5 Pfennig zu sparen, einen minderwertigen Gerstenkaffee kauft, der oft unter dem Namen Malzkaffee verkauft wird, so ist das eine verkehrte Sparsamkeit. Der in geschlossenen Paketen verkaufte echte Kathreiners Malzkaffee bietet die Sicherheit, dass man einen garantiert reinen, wohlschmeckenden und bekömmlichen Malzkaffee erhält. Verkauf in ganzen, halben und viertel Paket. Das ¼ Paket 10 Pfg.

S. MODEL. WEISSWAREN-VERKAUF 1909.

HOFLIEFERANT.

Außerordentlich vorteilhafte Angebote in Weißwaren u. Damenwäsche.

Montag, den 8. Februar, Letzter Tag des Sonder-Verkaufs „Weisse Woche" bei J. Schneyer, Werderplatz.

Bekanntmachung.

Im Hundezwinger des städt. Wasenmeisters, Schlachthausstraße 17 (zwischen Kaserne und Eisenbahn), befinden sich nachstehende herrenlose Hunde:

1. ein schwarzer Pudel (männlich),
2. zwei junge gelbe Schnauzer (männlich),
3. ein weißer Foxterrier mit schwarzen Ohren (weiblich),
4. ein junger Rotweilerbastard (männlich),
5. ein großer grauer Schnauzer (männl.),
6. ein weiß und braun gezeichneter Foxterrier (männlich).

Dieselben werden, falls sie nicht innerhalb drei Tagen abgeholt sind, getötet bezw. versteigert.

Karlsruhe, den 4. Februar 1909.

Städt. Schlacht- und Viehhofdirektion.

Nächste Badische Invaliden-Geld-Lotterie

Ziehung garant. 20. Februar.

2928 Bargewinne ohne Abzug.

44000 M.

1. Hauptgewinn:

20000 M.

2927 Gewinne:

24000 M.

Los à 1 M. { 11 Lose 10 Mk. Porto u. Liste 30 Pfg.

empfiehlt Lotterie-Unternehmer

J. Stürmer, Strassburg i. E. Langestr. 107.

In Karlsruhe: Carl Götz, Hebelstrasse 11/15, Lotteriebank, G.m.b.H., Kaiserstr. 60, H. Meyle, E. Flüge, L. Michel, Chr. Frank, J. Dahringer.

In Karlsruhe: F. Haselwander, P. E. Friedenberger.

Kaufmann, Ende 30er, alleiniger Besitzer einer flottgehenden Weingroßhandlung auf sehr schönem Orte Unter-Elsaß, gesund, kräftig, tadellosem Ruf und Charakter, angenehmen Aeußern, kath. Religion, 120 Mille Vermögen, 15 Mille jährlicher Verdienst, wünscht zwecks baldiger

Verheiratung

die Bekanntschaft einer Dame, nicht unter 25 und nicht über 35 Jahren, von liebenswürdigem Wesen, häuslicher Erziehung, welche Freude am Landleben, Natur und friedlicher Häuslichkeit hat. Größeres Vermögen erwünscht, jedoch nicht Bedingung. Strengste Diskretion zugesichert. Gewerbliche Vermittelung verbeten. Gefl. Offerten unter F. K. 4085 an Rudolf Mosse, Karlsruhe i. B.

Lithographen-Lehrling.

Junger Mann aus achtbarer Familie, der zeichnerisch begabt ist, kann als Lithographen-Lehrling bei uns eintreten.

A. Braun & Co.,
Lith. Kunstanstalt.

Brave Jünglinge

im Alter von 16—30 Jahren, welche Beruf zum Priesterstande in sich fühlen und sich der Salesianer-Kongregation anschließen wollen, wenden sich vertrauensvoll an den Hochw. H. Direktor des Deutschen Don Bosco-Institutes St. Bonifazius in Penango Monferrato (Italia).

Grosse Karnevals-Gesellschaft Karlsruhe.

Sonntag, den 7. Februar, nachmittags 4 Uhr,

Herren-Sitzung

im **„Kühlen Krug".**

Saalöffnung 3 Uhr. Eintrittspreis für Nichtmitglieder **1 Mark.**

Karten im Vorverkauf bei Herrn **H. Meyle,** Kaiserstrasse 141, und bei Herrn **K. L. Schweikert,** Kaiserstrasse 199a, sowie an der Kasse am Eingang des Saales erhältlich.

Der Elferrat.

Für unser **Frühjahr-Starkbier** ist uns die Marke

Bertold-Bräu

unter Nr. 112799 gesetzlich geschützt und kommt dieses

Spezial-Starkbier

aus

Münchener Original-Malz

am **Samstag, den 6. Februar 1909** bei unserer verehrlichen Kundschaft und in unserem Hauptausschank

Zum Moninger

zum Anstich.

Unser **Bertold-Bräu** ist auch in Flaschen (Brauerei-Füllung) in den durch Plakate kenntlichen Verkaufsstellen erhältlich und kann in Kisten mit 25 Flaschen direkt von uns bezogen werden.

Um gütigen Zuspruch bittet

Brauereigesellschaft vormals S. Moninger.

Beicht- und Kommunion-Zettel

mit sakramentalen Sprüchen

mit **Ortsnamen** und **Jahreszahl** auf **blauem** Papier Mk. **2.50,**
" " " " " **weißem** " " **2.50,**
" " ohne " " " " " **1.80,**
ohne " und " " " " " **1.20,**

für 1000 Stück liefert schnellstens

„Badenia", Aktiengesellschaft für Verlag und Druckerei, Karlsruhe,
Adlerstraße 42.

Verlangen **Sie** bitte, ein Probeheft **der Katholischen Welt** von dem Verlag der Kongregation der Pallottiner Limburg (Lahn).

Montag 8. ds. Mts. Schluss meines Sonder-Verkaufs

Weisse Woche.

Bis dahin gewähre ich noch trotz Preisermässigung auf **alle Artikel**

10% in Doppelten Rabattmarken.

Vorzugspreise während der „Weissen Woche" solange Vorrat.

gebleichte Hemdentücher	Mtr. 80 ₰	bis **30** ₰
" Croisés und Piqués	" 1.10	bis **48** ₰
weisse Handtücher	" 80 ₰	bis **30** ₰
Küchenhandtücher	" 60 ₰	bis **23** ₰
Damast, 130 cm breit	" 2.20	bis **95** ₰
Bettkattun, 130—82 cm breit	" 1.35	bis **40** ₰

Echt farbige **Bettbarchente,** 82 und 130 cm breit, **Halb- und Rein-Leinen,** 82 u. 160 cm breit, in verschiedenen Preislagen.

Kleiderstoffe, doppeltbreit, weiss	Mtr. 8.00	bis **65** ₰
schwarz	" 4.50	bis **90** ₰
farbig	" 4.50	bis **80** ₰
weisse Damen-Hemden	4.50	bis **1.00**
" Beinkleider	3.80	bis **1.50**
" Nachtjacken	4.50	bis **1.60**
" Anstandsröcke	3.75	bis **1.70**
" Stickerei-Unterröcke	9.50	bis **2.00**
" Untertaillen	3.00	bis **80** ₰
" Kissenbezüge	4.00	bis **1.00**
Bettbezüge	7.00	bis **3.00**
" Biebertücher (gross)	3.25	bis **1.90**

Bettücher und Oberbettücher in Leinen und ¾-Leinen. **Tischwäsche** aller Art billigst.

Einzelne sowie angetrübte Wäschestücke aller Art, teils a. Reisekollektionen, zu selten niederen Preisen.

Alle übrigen nicht erwähnten Manufakturwaren u. Wäsche sow. fert. Herren-, Damen- u. Kinderkleider sind im Preise herabgesetzt.

Alles nur in bekannt guten Qualitäten.

Julius Löwe

Karlsruhe Werderplatz 25.

Elegante :: Herren-Anzüge :: aus Reste u. Gelegenheitskäufe angefertigt, mit gut. Futter u. vorzügl. Schnitt zu Einheitspreisen

Serie I **29 M.** Serie II **35 M.**

Julius Löwe
Werderplatz 25.

Fuldaer Bonifatius-Kalender für 1909,

gediegenster Volkskalender,

mit prächtigem Farbendruckbild „Der hl. Antonius als Fürbitter" und Wandkalender, das Stück nur **35** Pfg., zu beziehen durch die **Geschäftsstelle des „Badischen Beobachter".**

NB. Die Zeitungsträgerinnen nehmen ebenfalls Bestellungen entgegen.